

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 10

Artikel: Chiles Weg zum Sozialismus
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142077>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tuung sehen, daß irgend jemand ordentlich die Jacke voll kriegt. Soweit wir irgend vermögen, müssen wir uns als Bürger des Reiches Gottes verhalten, und ein kräftiger Schuß dessen, was man gern «Schwärmer-tum» nennt, täte uns gut: Wir müssen, gleichsam experimentell, unser Verhalten so einrichten, als lebten wir unter dem neuen Himmel auf einer neuen Erde — jedenfalls so weit, wie es jeder von uns persönlich verantworten kann.

Wenn wir uns dagegen ganz und ohne Vorbehalt auf die Seite derer stellen, die etwas erkämpfen, dann binden wir uns auch ganz und gar an deren Ziele und Vorstellungen. Wo wir uns aber mit Haut und Haaren menschlichen Zielen verschreiben, da haben wir aus dem Blick verloren, was uns freimacht zu den großen Hoffnungen, die uns sinnvolles Handeln ermöglichen: Gott will all das, was wir erträumen, selbst heraufführen, und zwar so, daß unsere Vorstellungen weit übertroffen werden.

Rainer Sieg

Chiles Weg zum Sozialismus

In Chile spielt sich unter der Führung von S a l v a d o r A l l e n d e ein einzig dastehendes sozialistisches Experiment ab. Ein marxistischer Präsident steht einer Volksregierung vor, die im Rahmen der s t r i k t e n L e g a l i t ä t regiert. Allende war, bevor er sich ganz der Politik widmete, praktizierender Arzt. Er hat nichts mit dem üblichen südamerikanischen Revolutionär gemeinsam. Als Sohn eines Juristen ist er Vertreter der Mittelklasse. Was ihn besonders kennzeichnet, ist sein ausgesprochenes soziales Bewußtsein. Allende hat jahrzehntelang eine sehr aktive Rolle im Parlament gespielt (Senatspräsident, Präsidentschaftskandidat 1952, 1958, 1964). Im Herbst 1970 wurde er durch f r e i e W a h l e n zum Staatsoberhaupt gewählt. In den Nachwahlen vom 4. April 1971 gewann die Regierung noch weitere 14 Prozent Stimmen und erreichte damit 51 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Volksfront in der Minderheit

Die ans Ruder gekommene Volkseinheit (Unidad Popular) ist bunt zusammengewürfelt. Sie setzt sich aus allen revolutionären Parteien und Bewegungen zusammen. Zu dieser Koalition gehören die sozialistische und kommunistische Partei (die zwei stärksten Gruppen), die Radikalen, die Sozialdemokraten, die unabhängige Linke (der MAPU, linke Abspaltung der Christdemokraten). Die revolutionäre Linksbewegung (MIR) ist nicht in der Regierung vertreten. Die Opposition setzt sich in der Hauptsache aus den Christdemokraten (Eduardo Freis Partei) und

der Nationalen Partei (rechtsextrem) zusammen. Die oppositionellen Parteien haben in beiden Kammern, im Senat wie auch in der Deputiertenkammer, eine sichere Mehrheit (66 Abgeordnete der Regierung stehen 84 der Opposition gegenüber). Allende kann einem Mehrheitsentscheid nur durch ein *Veto* begegnen.

Umwandlung der Machtverhältnisse

In den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts begannen sich die Machtkämpfe deutlich abzuzeichnen. Sogar ein Arbeiterführer, Recabarren, wurde als Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Durch die neue Verfassung von 1925 wurde die Grundschulerziehung obligatorisch, die Amtsdauer des Präsidenten auf sechs Jahre festgelegt und seine Machtbefugnisse wurden erweitert. Die Minister sind jetzt nicht mehr dem Parlament, sondern nur noch dem Präsidenten verantwortlich. Das Parlament kann Minister nur durch Verfassungsklage und Prozeß des Amtes entheben. Für die gegenwärtige Regierung ist das von großer Wichtigkeit. In Chile geht seit dem Amtsantritt Allendes, Schritt für Schritt, eine radikale Umwandlung der Machtverhältnisse vor sich. Die Monopole werden beseitigt, den Privilegien der Oberschicht, der Ausbeutung der Landbevölkerung durch die Großgrundbesitzer wird ein Ende gesetzt. Das Erstaunliche am chilenischen Weg ist, daß die Schaffung dieser sozialistischen Gesellschaft innerhalb der Verfassung, nach einem demokratischen, pluralistischen und christlichen Modell errichtet wird. Die vorausgegangenen, jahrzehntelangen Kämpfe haben die Ausgangslage für diesen Neuaufbau der Gesellschaft geschaffen. Seit in Chile eine Parlamentsregierung aufgestellt wurde, hat das stimmfreudige chilenische Volk die Parlaments- und Gemeindevertreter in freien Wahlen bestimmt.

Traditionelle Loyalität der Streitkräfte

In der Persönlichkeit Allendes, der das nötige Maß von Realitätssinn besitzt und ein sehr geschickter Taktiker ist, hat die Volksregierung eine Chance zum Durchbruch. Unterstützt wird sie durch die traditionelle Staatsloyalität der Streitkräfte. Ihre Vertreter arbeiten in den verschiedensten Wirtschaftszweigen mit und nehmen so aktiv am Aufbau teil. Die Beziehungen zwischen Allende und dem Militär sind außerordentlich solid. Ein Putschversuch von dieser Seite ist demnach unwahrscheinlich.

Gezieltes Vorgehen der Opposition

Die von der Regierung zu lösenden Aufgaben sind äußerst komplex. Um den Rückstand zu überwinden, müssen in Theorie und Praxis neue soziale, politische und wirtschaftliche Organisationsformen, die den Be-

dürfnissen des Volkes angepaßt sind, entwickelt werden. Das chilenische Volk hat sich aufgrund des Wahlprogramms Allendes für die revolutionäre Veränderung seines Landes entschieden, denn es stimmte für eine radikale Sozialisierung der Landwirtschaft, für die Verstaatlichung der Kupferminen, für die Staatskontrolle über das Bankwesen und die Großindustrie. Je schneller die wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung verwirklicht wird, um so intensiver setzen die Christdemokraten gemeinsam mit der Nationalen Partei alles in Bewegung, um sie aufzuhalten. Die Vorgänge der letzten Monate im Parlament wie etwa die eingereichte Verfassungsklage gegen den Innenminister Toha und die geforderten drastischen Kürzungen der staatlichen Haushaltrechnung für 1972, wodurch Tausende von Staatsangestellten arbeitslos geworden wären, zeigen, daß die Opposition konsequent auf eine Rückgängigmachung der Verstaatlichung hinarbeitet. Allende reagierte gegen diese Machenschaften rasch und geschickt, indem er einen Ämtertausch vornahm und sich an das Verfassungsgericht wandte. Mit Einverständnis der Streitkräfte ernannte er Toha zum Verteidigungsminister. Die Gerichtsentscheide fielen in beiden Fällen zugunsten des Präsidenten aus. Toha wurde von jeder Schuld freigesprochen und die Streichungen wurden als verfassungswidrig erklärt. Kurz darauf gelang es Allende, einen Kupferarbeiterstreik durch Verhandeln und Appell an den sozialistischen Gemeinschaftssinn zu beenden. Die Gegner der Volksfront legen Allende ständig zur Last, sie habe das Land in eine schwere wirtschaftliche Krise geführt.

USA-Wirtschaftsblockade

In einer Massenkundgebung in Santiago erklärte Allende, der gegenwärtige Devisenmangel mit dem Chile zu kämpfen habe, sei verursacht worden durch die fallenden Weltmarktpreise des Kupfers, die Dollarabwertung und die drastischen Kreditkürzungen der USA, die einer Wirtschaftsblockade gleichkämen (Kredite im August 1970: 220 Millionen Dollar, im Juni 1972 noch 32 Millionen Dollar). Nach den Kassandrarufern der bürgerlich-konservativen Massenmedien zu schließen, wäre das chilenische Experiment ein ausgesprochener Mißerfolg. Sie sprechen vom Ruin der Wirtschaft; sie verschweigen, daß diese Wirtschaft 1971 um 8,5 Prozent wuchs, daß die Arbeitslosigkeit von 8,3 Prozent auf 3,8 Prozent gesenkt wurde, daß die Industrieproduktion um 12 Prozent zunahm, daß das Baugewerbe eine nie dagewesene Konjunktur verzeichnet. Die gleichen Leute in Chile, die von einer Versorgungskrise sprechen, horten oder vernichten riesige Vorräte an notwendigen Bedarfsgütern. Diese und andere Sabotageakte (Wasserknappheit wird durch offene Wassenhähnen in den Villenvierteln erzeugt) sollen die Unzufriedenheit und Unruhe in der Bevölkerung schüren. Der regierungsfeindliche Propagandaapparat läuft auf Hochtouren. Die extreme

Rechte hat schon mehrmals laut werden lassen, daß sie vor einem Bürgerkrieg nicht zurückschrecken würde, um wieder zur Macht zu kommen. Allem Anschein nach sind die Christdemokraten nicht gewillt, sich in das Abenteuer eines Bürgerkrieges oder eines Staatsstreiches zu stürzen. Ein Zeichen dafür ist die nach langwierigen Verhandlungen eingegangene Listenverbindung der Regierungspartei mit den Christdemokraten für die Parlamentswahlen 1973. Es scheint, daß nach wie vor gegen 50 Prozent der Chilenen zur Volksfront halten und daß, solange die Christdemokraten sich einigermaßen fair verhalten, die Angriffe der Rechten, ihr Ziel nicht erreichen können.

Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im Umbruch

Während sich Allende, der gewiegte Taktiker und Politiker, durch seine Balancierkunst bewährt, geht an den verschiedenen Fronten die Aufbauarbeit unaufhaltsam weiter. Im Wahlprogramm der Volkseinheit¹⁾, in der Ersten Botschaft Allendes vor dem Gesamtkongreß im Mai 1971, in den zahlreichen öffentlichen Ansprachen, die der Präsident seit seinem Amtsantritt gehalten hat und in Pressekonferenzen, hat der Regierungschef die Kriterien dargelegt, welche die Maßnahmen seiner Regierung leiten, um das kapitalistische System zu überwinden. Sehr aufschlußreich sind auch die Interviews²⁾, welche Allende und hohe Beamte aus dem Regierungsteam ausländischen Wirtschaftswissenschaftlern gewähren. In diesen spannungsreichen Gesprächen wird offen über für und wider des chilenischen Experiments diskutiert. Zweifel und kritische Einwände der Fragesteller werden von Allende und den Regierungsvertretern bereitwillig entgegengenommen und mit Sachkenntnis und aufgrund der gemachten Erfahrungen beantwortet. Es wird allgemein, auch von den Gegnern, anerkannt, daß der Präsident in der Wahl der für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Männer eine glückliche Hand gehabt hat. Unter ihnen befinden sich international bekannte Sozialwissenschaftler, von denen einige in der Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika gearbeitet haben. Es sind eher Technokraten als Ideologen, die ihre Aufgabe in der Lösung praktischer Probleme und nicht in Proklamationen und Programmen sehen. Planmäßig, energisch und aufgebaut auf minuziöser Kleinarbeit wird die tiefgreifende Strukturveränderung des chilenischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems vorgenommen. Wo die Interessen der kleinen und mittleren Bürgerschicht im Spiel stehen, wird mit pragmatischem Sinn vorgegangen. Bei der Verstaatlichung des Bankwesens, die zu 90 Prozent verwirklicht ist, kamen

1) Salvador Allende: Chiles Weg zum Sozialismus. Peter Hammer Verlag. 1971.

2) Heinz Rudolf Sonntag: Revolution in Chile. Fischer Taschenbuch Verlag. 1972.
Régis Debray: Salvador Allende. Der Chilenische Weg. Luchterhandverlag. 1972.

die Kleinaktionäre nicht zu Schaden. Kleine und mittlere Unternehmer werden bei den Kreditgewährungen begünstigt. Mit den luxuriösen Gebäuden, dem sinnlosen Wettbewerb, den Privilegien der Bankdirektoren, der absurden Klassentrennung innerhalb der Institution (sechs verschiedene Speisesäle) wurde aufgeräumt. Obschon die Löhne angehoben wurden, sind die Verwaltungskosten gesunken.

Das Agrarreformgesetz bestimmt, daß in einer ersten Etappe jeder Besitz von mehr als 80 Hektaren bewässerten Bodens enteignet wird. Verstaatlicht werden auch schlecht bewirtschaftete oder verlassene Besitztümer. Wo intensive Landwirtschaft nötig ist, werden Staatsfarmen eingerichtet. Daneben werden weiterhin bis zu hunderttausend private Grundbesitzer weiter bestehen. Teils schließen sie sich zu Kooperativen zusammen, teils arbeiten sie privat. Man hat es in diesem Sektor mit einem präsozialistischen Übergangsprogramm zu tun. Alle Bauern sind durch ihre Organisationen in Bauernräten vertreten. Zu deren Aufgabenbereich gehört es, das lokale, konservative Bewußtsein der Bauern und Landarbeiter zu verändern und ihnen Verantwortung für das öffentliche Wohl zu übertragen.

Was die illegalen Landbesetzungen anbetrifft, wurden im Süden des Landes von hunderttausend Besitzungen höchstens zweihundert besetzt, meistens von Indios, denen man in den sechziger Jahren ihr Land widerrechtlich weggenommen hatte. Diese Meldungen sollen den Eindruck von Chaos erwecken. Von Regierungsseite hört man, daß die landwirtschaftliche Produktion trotz der rasch vor sich gehenden Enteignungen und Umstellungen nicht geringer geworden ist. Die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes soll in zwei Jahren abgeschlossen sein.

Monopolkapital im Angriff

Die Nationalisierung in der Industrie betrifft in erster Linie ausländische, vor allem nordamerikanische Gesellschaften. Rund 40 Prozent der Aktiengesellschaften waren 1967 von ausländischem Kapital abhängig. Wie eine monopolistische Gesellschaft von der Größenordnung eines ITT-Konzerns (Internat. Telephon, Telegraph) zum Gegenangriff übergeht, zeigen die Veröffentlichungen des amerikanischen Kolumnisten Jack Anderson. Aus diesen und weiteren Enthüllungen («Observer», 23. Juli 1972) geht hervor, daß dieser Riesenkonzern dank seinen direkten Kontakten mit höchsten amerikanischen Regierungsstellen, zum amerikanischen Geheimdienst (CIA) und zu inländischen Schlüsselpositionen einen Staatsstreich zu provozieren versuchte. In Chile sollte die Machtübernahme durch den gewählten Präsidenten Allende verhindert werden (Militärputsche, sanktioniert von USA in Guatemala 1954, Panama 1964, Dominikanische Republik 1965). Der in diesem Zusammenhang stehende Anschlag (durch Rechtsextremisten) auf den

Oberkommandierenden des Heeres, General Schneider, der Allendes Amtsführung und die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung garantierte, hatte eine Schockwirkung auf das chilenische Volk und brachte nicht die von den Verschwörern erhoffte Wirkung, sondern eine gegenteilige. Die Position der Regierung wurde gestärkt. In den maßgebenden Grundstoffindustrien geht die Übernahme durch den Staat planmäßig vor sich. Hingegen was die sonstigen Besitzbereiche (staatliche, gemischte, private) betrifft, hat die Opposition im Parlament Einsprache erhoben. Die Diskussion über das eingereichte Gegenprojekt ist noch im Gang.

Vielfältige Sozialpolitik

Abschließend sei noch auf das nationale Volksbildungsprogramm hingewiesen, das auf ein demokratisches Erziehungssystem ausgerichtet ist, mit einem großzügigen Stipendienplan für alle chilenischen Kinder, mit einem nationalen Netz von Grund- und Mittelschulen, Kindergärten und Kinderkrippen. Auch der Erwachsenenbildung, der Beseitigung von Analphabetentum wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Im Gesundheitswesen und in der Bekämpfung der Unterernährung griff man zu Sofortmaßnahmen. Jedem Kind unter fünfzehn Jahren wird täglich ein halber Liter Milch gratis abgegeben.

Die totale Umstrukturierung aller miteinander verkoppelten Wirtschaftszweige erfordert nicht nur umfassende koordinierte Planung, sondern auch eine schnelle Verwirklichung der gesteckten Ziele. In einem Zwiegespräch mit dem Agrarminister Jacques Chonchol³⁾ wird die chilenische Revolution als ein Maximum von Veränderungen in einem Minimum von Zeit definiert. Chonchol sagt von der Agrarreform, sie sei wie eine chirurgische Operation, die man schnell ausführen müsse oder überhaupt nicht.

Die in letzter Zeit sich mehrenden Unruhen außerhalb des Parlamentes sind als Vorspiel zu den im April 1973 stattfindenden Parlamentswahlen zu werten. Die ultrarechte Organisation Vaterland und Freiheit versucht ein Putschklima und Aufruhr jeglicher Art zu provozieren. Die mit der staatlichen Preis- und Schwarzmarktkontrolle unzufriedenen Einzelhändler traten in den Streik. Im Süden des Landes überfielen bewaffnete Landeigentümer durch die Agrarreform enteignete Landbesitze. Auch die Linksextremisten drängen zur Tat. In Concepción wurde eine Volksversammlung einberufen, die an Stelle des verfassungsmäßigen Parlaments zu treten hätte. Angesichts dieser spannungsgeladenen Situation stellte sich die sozialistische und kommunistische Partei geeint hinter Salvador Allende. Die Volksversammlung wurde als spal-

3) «Esprit», Nr. 414, juin 1972.

tungsförderndes Vorgehen abgelehnt. Die Tageszeitung von Santiago, «Clarín», gab einen von Rechtsextremen geplanten Putsch zum Sturz der Regierung bekannt («The Observer», 17. Sept. 1972). Allende bestätigte diese Meldung kurz darauf offiziell, und er forderte alle Parteien und das Volk zur Einigung auf. In der Kathedrale in Santiago rief der Kardinal Raul Silva Henriques, bekannt durch seinen dringenden Aufruf (1961) zu Landreformen, die Gläubigen zum friedlichen Zusammenleben auf. Aus einer Radioansprache Allendes war zu entnehmen, daß die Christdemokraten sich bereit erklärt haben, ihre politischen Differenzen mit der Volksfront an der Urne und nicht durch einen Umsturz zu bereinigen. Nach der Bekanntgabe des Komplotts hat der Oberbefehlshaber der Armee, die sich traditionsgemäß außerhalb des politischen Schlachtfeldes hält, Allende seiner Loyalität versichert. Im Grunde genommen unterscheidet sich die bürgerkriegsähnliche Situation zur Zeit der Wahl Allendes kaum von der heutigen. Die Regierungsfeinde sind dieselben geblieben, und sie kämpfen mit den gleichen Waffen. Das Wahlergebnis im Frühling 1973 wird vor allem von der Stimmabgabe der Mittelklasse abhängen. Es ist anzunehmen, daß ein für Allende negatives Resultat die stets eingehaltene Tradition der Erfüllung der gesetzlichen sechsjährigen Amtsperiode des Präsidenten auch diesmal ihre Gültigkeit behalten wird.

Helen Kremos

Zur Wintersitzung der U. N. Genfer Abrüstungskonferenz

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit unterbreitet uns einen Bericht in englischer Sprache über die Abrüstung, den M a d a m e G e r t r u d e B a e r an der Vorstandsitzung der Liga in Crêt-Bérard (13.-19. Aug. 72) gab. Leider können wir unseren Lesern nur einen Teil dieses Berichtes vorlegen.

Am 16. Dezember 1971 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York mit Akklamation eine Resolution an (2833), die alle Staaten aufforderte, die Einberufung einer Welt-Abrüstungs-Konferenz, die «allen Staaten offen wäre», eingehend zu überlegen, um den Staaten zu ermöglichen, sich energisch für die Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Abrüstung einzusetzen, und zwar im besonderen zur n u k l e a r e n A b r ü s t u n g.

Die Reaktion auf diesen Vorschlag war günstig. Er gewann das Interesse der Regierungen, einschließlich ihrer Vertreter an der Genfer Abrüstungs-Konferenz (Conference of the Committee on Disarmament, CCD). Es scheint, daß ein wachsendes Verlangen aller Völker besteht,